



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 1.12.2023
C(2023) 8135 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 1.12.2023

**über die Finanzierung des Mehrjahresaktionsplans für Bildung in Grönland für die
Jahre 2024-2025**

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 1.12.2023

über die Finanzierung des Mehrjahresaktionsplans für Bildung in Grönland für die Jahre 2024-2025

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits², insbesondere auf Artikel 82,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um die Durchführung der Bildungspartnerschaft EU-Grönland 2024-2025 zu gewährleisten, ist die Annahme eines Mehrjahresfinanzierungsbeschlusses erforderlich, der das Mehrjahresarbeitsprogramm für 2024 und 2025 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für den Zeitraum 2021-2027⁴ genehmigt, in dem die folgende Priorität genannt wird: Bildung.
- (4) Die Ziele des im Rahmen des Beschlusses (EU) 2021/1764 zu finanzierenden Mehrjahresaktionsplans bestehen darin, zur inklusiven und nachhaltigen Entwicklung Grönlands durch ein höheres Bildungsniveau seiner Bevölkerung beizutragen.
- (5) Mit der Stärkung des Bildungssektors wird die Maßnahme „Bildungspartnerschaft EU-Grönland 2024-2025“ zur nachhaltigen und inklusiven Entwicklung Grönlands

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ Durchführungsbeschluss der Kommission über das Mehrjahresrichtprogramm für Grönland für den Zeitraum 2021-2027, C(2021) 9159 final vom 15. Dezember 2021.

und zur Diversifizierung seiner Wirtschaft beitragen. Sie wird das Gemeinwohl und allgemeine Wohlergehen sowie die Kompetenzen der jungen Menschen und der vorhandenen Arbeitskräfte stärken und baut auf der früheren Zusammenarbeit zwischen der EU und Grönland in diesem Bereich auf.

- (6) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (7) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (8) Der im vorliegenden Beschluss vorgesehene Aktionsplan steht im Einklang mit der Stellungnahme des ÜLG-Ausschusses nach Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 *Aktionsplan*

Der Mehrjahresfinanzierungsbeschluss, der den Mehrjahresaktionsplan für die Durchführung des Bildungsprogramms für Grönland für die Jahre 2024 und 2025 darstellt, wird wie im Anhang dargelegt angenommen.

Der Aktionsplan umfasst folgende Maßnahme: Bildungspartnerschaft EU-Grönland 2024-2025 wie im Anhang dargelegt.

Artikel 2 *Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Aktionsplans für die Jahre 2024 (30 Mio. EUR) und 2025 (41,25 Mio. EUR) beläuft sich auf insgesamt 71,25 Mio. EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der Haushaltslinie 14 05 03 00 des Gesamthaushaltsplans der Union eingesetzt wurden.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Dieser Beschluss kann nur umgesetzt werden, wenn die Mittel wie folgt bereitgestellt werden:

- a) wie im Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Union für 2024 vorgesehen, und zwar nach Erlass des Haushaltsplans für das genannte Jahr durch die Haushaltsbehörde oder nach der Regelung der vorläufigen Zwölftel;
- b) wie im Gesamthaushaltsplan der Union für 2025 vorgesehen, und zwar nach Erlass des Haushaltsplans für das genannte Jahr durch die Haushaltsbehörde.

Artikel 3 *Flexibilitätsklausel*

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 festgelegten Beitrags für jedes einzelne Haushaltsjahr nicht übersteigen, und Änderungen⁵ der Mittelzuweisungen für spezifische Maßnahmen, die in der Summe 20 %

⁵ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.

dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten als nicht substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 1.12.2023

*Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission*